



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/126 - 5. Juni 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 828 890

| | |
|---------------------------------------|------|
| Mollets Bericht über Moskau | S. 1 |
| Die Saarrichtlinien von Luxemburg | S. 2 |
| Ministerpräsidentenwechsel in Burma | S. 3 |
| Eine fragwürdige Ehrenmitgliedschaft | S. 5 |
| Antwort an den CDU-Informationsdienst | S. 7 |

"Nicht unter den gegenwärtigen Umständen"

Der. Vom französischen Ministerpräsidenten Mollet hat der Bundeskanzler Adenauer ein wahrhaft vernichtendes Urteil über seine, des Kanzlers, Wiedervereinigungspolitik erfahren. In Moskau hatte Mollet in seinen Gesprächen mit den sowjetrussischen Staatsmännern die westliche Deutschlandpolitik vorgetragen. Das war nicht neu, etwas anderes war auch nicht zu erwarten. Die Antwort Caruschtschows und Bulganins fiel nicht aus dem Rahmen. Sie bewegte sich auf der Genfer Position, die die Sowjetunion seit der beschlossenen und gerade von Adenauer gewünschten westdeutschen Wiederbewaffnung bezogen hat. Diese aber schliesst die deutsche Wiedervereinigung aus. Das haben die Russen vorher recht deutlich gemacht. Adenauer aber schlug die Warnungen über den unvermeidlichen Fehlschlag seiner Aussenpolitik in den Wind. Er behandelte und behandelt die Sowjetunion so, als ob sie keine Weltmacht wäre und in der deutschen Frage nichts zu sagen hätte.

Heute sind die Positionen festgefahren. Die Russen bleiben bei ihrem Nein "unter den gegenwärtigen Umständen", ihnen schlägt ja der Wind nicht ins Gesicht. Sie können warten. Aber kann auch die deutsche Politik im Zustand der Untätigkeit und der Passivität verharren? Es geht ja nicht um die russische, sondern um die deutsche Wiedervereinigung. Sie fällt gewiss nicht als reife Frucht vom Himmel, dazu bedarf es schon einiger Anstrengungen. Wenn ein Weg sich als Sackgasse erwiesen hat, müssen neue Wege gesucht und beschritten werden. Die Pariser

Verträge verbauen die Strassen zur deutschen Einheit und sie sichern die Existenz zweier deutscher Staaten.

Kollet hat in Moskau die westliche Deutschlandauffassung vertreten und verteidigt. Er hat nicht gefragt, wie sich die Russen den Status eines wiedervereinigten Deutschlands vorstellen, der auch ihren Vorstellungen und dem Sicherheitsbedürfnis von Westen und Osten entspricht. Warum sollte er auch? Es wäre gewiss zuviel verlangt, wenn sich die französische Politik in ihren Verhältnis zur Sowjetunion ausschliesslich nach der deutschen Lebensfrage orientieren sollte. Belebende Impulse und kräftigende Antriebe zur Überwindung des Stillstandes in der internationalen Deutschlanddiskussion müssen schon von der westdeutschen Regierung kommen, aber genau das geschieht nicht. Der Mangel an neuen Ideen und Initiativen im offiziellen Bonn wird geradezu zu einem nationalen Unglück. Man beharrt hier eher auf einem Weg, der mit Sicherheit immer weiter weg von der Wiedervereinigung führt, anstatt auch nur den Versuch zu unternehmen, in Verbindung mit dem Westen von der unhaltbar gewordenen Genfer Position wieder herunterzukommen.

* * *

Im Interesse der Endlösung

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

Die Richtlinien von Luxemburg sind gewiss kein Anlass zum Frohlocken. Sie lassen viele Wünsche offen, die man vor allem auch im Interesse der Arbeiterschaft des Saargebietes immer wieder geäussert hat. Das betrifft in erster Linie die Vereinbarungen über den Abbau der Warndtkohle. Dass Frankreich insgesamt 90 Mio. t zugestanden erhalten hat, gleichzeitig mit einer Regelung der Moselkanalisierung, die weitgehend französischen Vorstellungen entspricht, ist ein grosses Entgegenkommen an den französischen Verhandlungspartner.

Die hinzugezogenen Experten des Saargebietes selbst haben aber, trotz mancher Bedenken, der Gesamtregelung im Interesse einer endlichen und endgültigen Lösung des Saarproblems zugestimmt. Freilich werden daran eine Reihe von Einschränkungen geknüpft. Von saarländischer sozialdemokratischer Seite wurde z.B. auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass als Ausgleich für die vereinbarte Lieferung von 24 Mio. t an die französische Wirtschaft "zum Gestehungspreis" die Saarwirtschaft entschädigt werden müsse - sofern es sich bestätigt, dass eine Lieferung dieses Umfanges unter der genannten Vorzugsbedingung erfolgen soll.

Sehr viel wird auch auf die Art ankommen, in der die Sachverständigen die endgültigen Modalitäten festlegen, selbst wenn der Rahmen gespannt ist. Das Schlusswort werden dann die Parlamente in Paris und Bonn zu sprechen haben. Die politische Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik kann selbstverständlich nicht von bestimmten Voraussetzungen in Einzelfragen abhängig gemacht werden und niemand denkt daran, dies zu tun. Umso notwendiger wird es sein, dass, wenn dieser entscheidende Schritt erfolgt ist - und hoffentlich kommt es sehr bald dazu - der Ausarbeitung der vertraglichen Einzelheiten gemäss den jetzt gegebenen Direktiven und ihrer Verabschiedung im Deutschen Bundestag die grösste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Interessen der Saarbevölkerung selbst werden gerade dann besonders sorgfältig berücksichtigt werden müssen, wenn es ein selbständiges Saargebiet ausserhalb der Grenzen des Bundes nicht mehr gibt.

* * *

Der Tiger von Burma

I.D. Der Rücktritt des burmesischen Ministerpräsidenten U Nu kann als eine interessante Neuigkeit aus dem südostasiatischen Raum gewertet werden. Erst vor wenigen Wochen hatte U Nu an der Spitze des Antifaschistischen Volks-Freiheitsbundes (ein Zusammenschluss der Gruppen und Parteien, die unter Führung der Sozialisten für die Freiheit des Landes gekämpft hatten), einen überwältigen Wahlsieg errungen. Nus Rücktritt kann also keine Folge der Wahlergebnisse sein, sondern muss in anderen Gründen gesucht werden.

Als einer der frommsten Buddhisten hat Nu häufig den Wunsch ausgesprochen, sich einmal, wenn sein Land ihn nicht mehr braucht, in ein Kloster zurückzuziehen, um sich ganz dem Studium des Buddhismus zu widmen. Ist dieser Zeitpunkt nun gekommen? Nu, der sich auch zum Sozialismus bekennt, hat in seiner neunjährigen Amtszeit den Grundstein für eine umwälzende Neuordnung Burmas gelegt. Marxismus, zur Befriedigung materieller Bedürfnisse, Buddhismus als der dazugehörigen geistigen Substanz wurden zu einer Synthese, die der Schaffung eines neuen Burma zugrunde liegt.

Nu ist zweifellos der stärkste Verfechter dieser Synthese. Doch auch die übrigen führenden Männer Burmas unterstützen die Auffassung von der Verwandtschaft des Marxismus und Buddhismus. Im Gegensatz zu Nu geben sie jedoch dem Marxismus den Vorrang vor dem Buddhismus. Nus Streben nach einer religiösen Erneuerung Burmas ging nach Ansicht seiner Kritiker oft auf Kosten des Sozialismus. Es mag nun der Zeitpunkt gekommen sein, an dem die Sozialisten zur Überzeugung gelangt sind, dass nunmehr sozialistische Grundsätze stärker hervortreten müssen.

Der Nachfolger U Nus, Ba Swe, wird die geistige Grundlage des neuen Staates, die in der Ausübung des Buddhismus liegt, nicht antasten. Das wäre nicht nur dem Staat abträglich, sondern auch nicht im Sinne des neuen Regierungschefs. Ba Swe ist jedoch radikaler in seinen Massnahmen als Nu und konsequenter im Kampf gegen alles, was den Aufbau des Landes hindern könnte. Aus seiner Ablehnung des alten wie des neuen 'Imperialismus' soll er auch vor den sowjetischen Führern bei ihrem Burma-Besuch keinen Hehl gemacht haben. Er sagt klar heraus, dass die Umwandlung von einem halbfeudalen, kolonialisierten Burma in ein freies, unabhängiges Land eine Revolution darstelle, die soweit - 4 -

wie möglich mit demokratischen Mitteln durchgeführt wird. "Jedoch den Umfang der etwaigen Gewaltanwendung bestimmt der Gegner".

Ba Swe hat gerade auf dem Gebiet des Kampfes mit den Gegnern der neuen Ordnung bedeutende Erfahrung. Seit der Staatsgründung im Jahre 1947 ist er Verteidigungsminister und als solcher für die Niederwerfung der Aufständischen, die eine Zeitlang fast das gesamte Burma mit Ausnahme von Rangun besetzt halten konnten, verantwortlich. Man schreibt diesen Erfolg seiner eisernen Energie und seinem sprichwörtlich gewordenen Organisationstalent zu und nennt ihn aus dieser Zeit den Tiger von Burma. Er bekämpfte nicht nur die einheimischen Nationalisten und Kommunisten, die sich einer neuen Ordnung zu widersetzen suchten, sondern auch die mit ausländischer Hilfe ausgestatteten Truppen Tschiang Kai Scheks, die Burma als Aufmarschplatz gegen China benutzten. Als Minister für Bergwerke hat er hervorragende Pionierarbeit geleistet. Während der Kolonialzeit sind Burmas Kohleschätze wie auch die anderen Mineralien nicht ausgewertet worden. Ba Swe veranlasste den Bau der ersten Kohlengruben, die bereits zu Burmas Produktion beitragen. Als Präsident der Gewerkschaftsbewegung, der 90 % aller Arbeiter angehören, hat er bei der Arbeitsgesetzgebung massgeblich mitgewirkt. 44-Stundenwoche, bezahlte Ferien, gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind seiner Initiative zu danken. Als Vizepräsident des Antifaschistischen Volks-Freiheitsbundes war er ständig mit den Regierungsgeschäften, die er nun zu leiten haben wird, vertraut.

Ba Swe hat seine Fähigkeiten bereits unter Beweis gestellt. Er wird sich von seinem Vorgänger durch eine realistischere Haltung weltlichen Dingen gegenüber unterscheiden. Dabei werden sozialistischen Massnahmen mehr Platz eingeräumt werden als bisher. Eine derartige Verschiebung im südostasiatischen Raum mag wesentlicher sein, als man auf den ersten Blick annehmen sollte. Ein eindeutig sozialistisches Burma im Verein mit einem linksgerichteten Ceylon und einem nach einer sozial-reformistischen Staatsform strebenden Indien werden als starke Eckpfeiler der zwischen den Blöcken stehenden Völkerbewegung ihren Einfluss auf die Weltpolitik geltend machen.

Der Fall Raeder - mehr als ein Ärgernis

U.L. - Der Marinebund hat den ehemaligen Großadmiral Raeder zum Ehrenmitglied gewählt. Ministerpräsident von Hassel hat sich im Namen seiner Partei und gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen diese Wahl ausgesprochen. Dieses Vorgehen der beiden grossen politischen Gruppen ist gewiss eine der wichtigsten Manifestationen demokratischer Politik im Deutschland der Nachkriegszeit.

Die ehemaligen Marineangehörigen berufen sich nun darauf, sie hätten Raeder als Seemann und Kameraden, nicht seiner politischen Auffassungen wegen zum Ehrenmitglied gewählt. Es gibt keinen Grund, ihnen das nicht zu glauben. Kameradschaft ist eine gute Sache, und niemand sollte ihre verbindende Kraft verkennen. Aber ist Kameradschaft ein Wert an sich? Muss man nicht danach fragen, welche Auffassungen ein Mensch äussert, welche Taten er billigt? Raeder war ein Günstling Hitlers und sein Statthalter bei den Seestreitkräften. Hitler war ein Verbrecher, und diese Tatsache kann man nicht durch eine noch so tief empfundene Kameradschaft verdecken, will man sich nicht den Vorwurf gefallen lassen, das moralische Empfinden sei abgestumpft. Haben die ehemaligen Marineangehörigen nicht begriffen, dass die Kameradschaft dort ein Ende finden muss, wo ein Angehöriger ihres Bundes die Politik eines Verbrechers verantwortlich unterstützte?

Das Gesetz der Kameradschaft gilt nur solange, wie es mit den moralischen Prinzipien einer Gesellschaft freier Menschen in Einklang steht. Diese Prinzipien aber hat Raeder verraten, und deshalb findet das menschliche Verständnis für ihn dort eine Grenze, wo er sich nicht schämt, als Kamerad unter Kameraden zu gelten oder gar Ehrenmitglied der Marineangehörigen zu werden. Wer war es denn, der in den Jahren des mörderischen Krieges seine Haut hinhalten musste und seine Liebe für Deutschland mit dem Leben bezahlte? Es waren die ungezählten Millionen der Landsr, Matrosen und Flieger, die an der Front standen, und der Tod vieler verpflichtet die Überlebenden, mit den Schuldigen an diesem grausigen Geschehen Schluss zu machen und einen klaren Trennungstrieb ihnen gegenüber zu ziehen.

Da hören wir dann das Argument, die Nürnberger Urteile seien von einem Tribunal der Sieger gefällt worden und aus diesem Grunde für uns Deutsche nicht verbindlich. Gewiss hätte das Sache der Deutschen

sein müssen, die Kriegsverbrecher des Dritten Reiches ihrer verdienten Strafe zuzuführen, aber unser Volk hat 1945 die Chance der Selbstreinigung wie so oft versäumt. Die Tatsache aber, dass die Nürnberger Urteile von ausländischen Juristen gefällt wurden, bedeutet in keiner Weise, die Machthaber des Dritten Reiches seien nicht schuldig gewesen. Es ist uninteressant, ob man formale Mängel an der Nürnberger Prozessführung entdecken mag; wichtig für uns ist allein, dass die Regierung Hitlers - und dazu gehörten auch seine obersten Militärkefahlshaber - unser Volk an den Rand des Abgrundes geführt hat, dass Millionen gutgläubiger Menschen den Tod fanden, dass es Konzentrationslager gab, in denen unvorstellbare Grauel verübt wurden. Von diesen Verbrechen abzurücken, ist einfach eine Frage der Selbstachtung unseres Volkes.

Die Schatten der Vergangenheit bannen

Die Spaltung unseres Vaterlandes stellt uns heute vor die ernste Frage, ob wir noch eine einheitliche Nation sein können. Wir alle haben mittlerweile zu erkennen gelernt, dass es nicht genügt, diese deutsche Nation auf ihre Vergangenheit zu gründen. Eine Nation besteht nur solange, wie sie die Kraft aufbringt, sich in jeder geschichtlichen Situation eine einheitliche politische und moralische Grundordnung zu geben. Die Wahl Raeders beschwört die Gefahr herauf, dass sich unser Volk erneut spaltet und damit seine prägende Kraft verliert. Das können wir nur verhindern, wenn es uns gelingt, die Zukunft der Deutschen an den unbestrittenen Maßstäben der Freiheit und der Gerechtigkeit zu orientieren und einen Schlußstrich unter das Kapitel der zwölf Jahre zu ziehen.

Der Fall Raeder zeigt schlaglichtartig, dass wir mit der politischen Vergangenheit unseres Volkes noch nicht ins Reine gekommen sind. Das Wirtschaftswunder blendet uns, aber wir möchten mit grossem Ernst davor warnen, das alles einfach sich entwickeln zu lassen. Deutschland wird nur leben, wenn es aus innerer Überzeugung und getragen von der Kraft aller seiner Bürger zu einem Gemeinwesen der Freiheit findet. Die Gestalten der Finsternis mögen versuchen, mit ihrem Gott ins Reine zu kommen. Uns bleibt die Aufgabe gestellt, die Schatten der Vergangenheit zu bannen und ein neues Deutschland zu bauen.

Brunnenvergiftung

Man schreibt uns:

In seiner Nummer 42 vom 30. Mai bietet der CDU-Informationsdienst wieder einmal seinen Lesern die story vom angeblichen Aufruf der Tübinger studentischen Aktion zum Landesverrat an.

Von diesem Pamphlet, das die Tübinger sozialistische Studentengruppe in ihrem Aushangkasten auszuhängen erlaubte, hat sich der Sozialistische Studentenbund längst eindeutig und scharf distanziert, und in der Debatte um die Mittelsperre des SDS im Bundestag wurde klargestellt, dass die Sozialdemokratie mit diesem Machwerk und seinen Autoren nicht das geringste zu tun hat.

Es könnte also insoweit egal sein, welche studentischen Gruppen und Grüppchen sich der CDU-Informationsdienst auf's Korn nimmt, um ihre Auffassungen zu verbreiten. Wie das hier geschieht, ist jedoch bemerkenswert:

Da ist die Rede von der Mentalität gewisser junger Leute im sozialistischen Lager, und es wird von dem vom SDS ausgehängten Elaborat gesprochen, nicht aber von dessen Verfasser, der studentischen Aktion, die mit dem SDS nichts zu tun hat. Die Stellungnahme des SDS wird überhaupt nicht erwähnt.

So entpuppt sich der angeblich auf eine Zuschrift hin erfolgte erneute Abdruck des Tübinger Pamphlets als eine politische Brunnenvergiftung übelster Sorte. In der Auseinandersetzung mit der sozialistischen Opposition ist wieder einmal kein Argument zu billig, keine Unterstellung zu abgeschmackt, um dem Leser einzuhämmern, der Kampf der Sozialdemokratie gegen die verfehlte Wiederaufrüstungspolitik sei getragen von einer Ablehnung aller gesellschaftlichen Werte und Verpflichtungen.

Sieht so das einfache Denken aus, zu dem die Kanzlerpartei die Bürger der Bundesrepublik erziehen will?

Soll von dieser Form der Auseinandersetzung der Stil des Wahlkampfes 1957 bestimmt werden?

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau